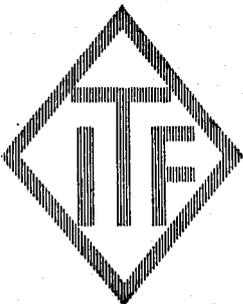


FASCHISMUS

Amsterdam, den 5. September 1936

4. Jahrgang
No. 18

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITER-
SCHAFT UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR



Rüstungs-Aktien steigen. (ITF) Am 24. August, unmittelbar nach Beendigung des "olympischen Friedens", hat das Dritte Reich die Militärdienstzeit auf 2 Jahre erhöht und damit das stehende Heer verdoppelt. Zu 2 Jahren Militärdienst kommt noch 1/2 Jahr militärischer Vorbereitung im sogenannten "Arbeitsdienst".

Die Berliner Börse hat prompt auf Hitlers "Friedenstat" reagiert, die Kurse der Aktien der deutschen Rüstungsbetriebe stiegen beträchtlich. Die Aktien der Schwerindustrie stiegen am stärksten. Die Kurse des Stahlvereins und von Hoesch stiegen (vom 21. bis 24. August) um je 6 1/2 Punkte, die der Mannesmann-Röhrenwerke um 8 1/4, die des Klöckner-Konzerns um 9 3/4 Punkte.

Die Kurse der Aktien der Metallgesellschaft stiegen um 9 7/8 Punkte, die der für die Marine liefernden Atlas-Werke (Bremen) um 7. Die Kurse der Aktien der Bayrischen Motoren-Werke und der von Daimler (Autos etc) stiegen um 4 1/4 bzw. 5 1/4 Punkte. Die Aktien des Chemietrusts notierten 3 1/2 Punkte höher, die der mit Uniformlieferungen rechnenden Textilkonzerns Dierig um 4 Punkte, die von Conti-Gummi um 5 1/2 und die von Zeiss-Ikon (Kriegs-Optik) um 7 1/2 Punkte. Die Kurse der grossen beim Kasernen- und Festungsbau beschäftigten Unternehmen Holzmann und Berger stiegen um 4 1/2 und 7 3/4 Punkte. Die Börse rechnet mit neuen Rüstungsgewinnen. Sie kennt zwar das Nazi-Parteiprogramm, das Beschlagnahme der Kriegsgewinne fordern, aber die kennt auch ihren Hitler.

12 Jahre!

(ITF) "Nach der Verlängerung der militärischen Dienstpflicht der jungen Deutschen in folgenden Etappen: Mit sechs Jahren Eintritt in die Schule, mit zehn Jahren Eintritt in das Jungvolk (die nationalsozialistische Kinderorganisation), mit 14 Eintritt in die Hitlerjugend bzw. Staatsjugend, mit 18 Jahren eventuell Eintritt bzw. Berufung in die Partei und in die SA, mit 19 Jahren Arbeitsdienst, der zur Zeit auf 6 Monate festgelegt ist, mit 20 Jahren Eintritt in die Wehrmacht, mit 22 Vollenlegung der Dienstpflicht." (Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 396/7 vom 26. August 1936)

"Ungelöste Fragen..."

(ITF) 3 1/2 Jahre hat der deutsche Nationalsozialismus erklärt, im Dritten Reich sei der Klassenkampf "beseitigt" und die Volksgemeinschaft verwirklicht - die Arbeiter spüren den verschärften Klassenkampf der Unternehmer jeden Tag erneut. Die Deutsche Arbeitsfront muss gestehen, dass das "Dritte Reich der Volksgemeinschaft" nur eine Propagandalüge ist, dass die Wirklichkeit des Dritten Reiches ganz anders aussieht. Ihr amtliches Organ, "Der Ruhrarbeiter" (Nr. 33, dritte Augustnummer) muss zu-geben: "Wir sind aus der Zeit der sozialen Gegensätze noch keineswegs heraus... jedenfalls wird der deutsche Werktag täglich wieder seine Fragen stellen, und diese Fragen erheischen umso dringlicher Antwort, als ja ungelöste Fragen und insbesondere ungelöste soziale Fragen ständig die Tendenz haben, wie Spaltpilze zu wirken. Eine dieser dringlichen Fragen, die heute und gerade heute weite Kreise der Werktätigen beschäftigen, ist z.B. die Lohnfrage... Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, dass die Werktätigen heute sehr intensiv die "Unbeweglichkeit" der Löhne diskutieren" - "und dass sie insbesondere eine Frage auf die Antwort wünschen: "Wie lange noch Unbeweglichkeit der Löhne?" Diese Frage wird dann dadurch ganz besonders dringlich, dass die Preise in den letzten Jahren eine zumindest lohndrückende Tendenz zeigten".

4 Millionen Erwerbslose.

(ITF) Der Präsident der deutschen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gab bekannt: "Die Arbeitslosigkeit wird in der nächsten Zeit den Tiefpunkt von einer Million erreichen. Damit ist die Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt". (Angriff, Nr. 203, 29. August)

Diese "praktische Beseitigung" der Erwerbslosigkeit ist ein Propagandamätzchen, das leicht durch nazi-amtliche Ziffern zu widerlegen ist. Vor einem Jahre stellte die "Deutsche Wirtschaftszeitung" (Nr. 32 vom 8. August 1935), das amtliche Organ der dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht unterstellten Zwangsorganisation der deutschen Unternehmer, fest, dass "die Gesamtzahl der sichtbaren und unsichtbaren Arbeitslosen" Ende Juni 1935 "noch 4,4 Millionen" betrug. Die Statistik der deutschen Krankenkassen weist aus, dass die Zahl der Beschäftigten vom 30. Juni 1935 bis zum 30. Juni 1936 um 1,15 Millionen zunahm. Aber etwa 300.000 scheinbeschäftigte Zwangsarbeiter (Notstandsarbeiter, Landhelfer und Arbeiter beim Autostrassenbau) werden als "beschäftigt" registriert, trotzdem sie gerade soviel oder gar noch weniger als die Erwerbslosenunterstützung erhalten. Einige Hunderttausend weitere Zwangsarbeiter arbeiten beim Bau von Festungen und Flugplätzen zu fast den gleichen elenden Bedingungen wie die Autobahnarbeiter. Auch sie werden als "beschäftigt" registriert, ja selbst Teile der Armee.

Trotz erheblicher Verstärkung der Armee und beschleunigter Aufrüstung gab es also im Dritten Reich mitten im Sommer 3,6 - 4 Millionen Erwerbslose.

"Arbeitersport".

(ITF) "Kraft durch Freude", der Vergnügungsverein der Deutschen Arbeitsfront, soll mit seinen Sportkursen die von den Nationalsozialisten zerschlagenen Arbeitersportvereine ersetzen. Selbstverständlich haben die Arbeiter in diesen "Arbeitersport"-Gruppen nichts zu sagen, die "Führung" der Arbeitsfront entscheidet nach Gutdünken. Und sie fand, dass für die deutschen Arbeiter wichtiger als alles andere - Reitunterricht sei. Stolz berichtet die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront (Angriff, Nr. 197 vom 22. August): "Fraglos das beste Reitinstitut unserer Reichshauptstadt mit seinen neuzeitlich grosszügig angelegten Stallungen... ist der Tattersall am Tiergarten... Hier finden die meisten "Kraft durch Freude"-Reitkurse statt.

Jeden Abend versammeln sich hier die "Kraft durch Freude"-Reiter. Die Anfänger erhalten täglich nur eine halbe Stunde Unterricht, für die der Preis 6 RM beträgt. Die Fortgeschrittenen können sich allabendlich eine ganze Stunde auf dem Pferderücken vergnügen - und auch dieser Spass für nur 11 RM."

Die "Reitkurse für Arbeiter" sind da, aber das Blatt der Arbeitsfront muss "Nichtmitglieder der Arbeitsfront", also Grossbürgertum und zahlungsfähige Beamte, zur Teilnahme einladen; denn "Arbeiter", die 6 oder gar 11 Mark für den "Kraft durch Freude"-Ritt aufbringen können, hat selbst die Arbeitsfront noch nicht entdecken können.

"Soziale Ehre".

(ITF) Das Arbeitsgericht Köln hat (nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung vom 26.VIII., Nr. 435/36) entschieden: im Dritten Reich müssen

es sich Arbeiter gefallen lassen, dass sie auf einem "Betriebsappell, an dem teilzunehmen dienstliche Pflicht ist", vom Direktor persönlich beschimpft werden. Sie haben nicht einmal das Recht, schweigend den Betriebsappell zu verlassen. Tun sie es doch, so kann der Unternehmer sie fristlos entlassen.

Hausordnung für "Kraft durch Freude"

(ITF) Arbeiter, die durch Vermittlung des Reisebüros der Deutschen Arbeitsfront, "Kraft durch Freude", eine Reise nach Buesum an der Nordsee machen und dort bei einer Frau Thomsen in der Allee-Strasse untergebracht werden, finden eine Hausordnung vor, die zeigt, wie Arbeiter im Dritten Reich behandelt werden können. Nach Meinung dieser Dame, bei der "Kraft durch Freude" häufig Arbeiter einquartiert, stehlen Arbeiter alles, was nicht niert- und nagelfest ist. Die Nationalsozialistin hat wohl deshalb eine besondere "Hausordnung" erlassen, die betont: "Sämtliche Bilder an den Wänden sowie Bettbezüge bleiben mein Eigentum". Diese Beschimpfung müssen die Arbeiter einstecken.

Es geht in dieser "Kraft durch Freude"-Pension auch sonst recht gemütlich zu. "Bett und Waschschüssel hat jeder Volksgenosse selbst in Ordnung zu halten... Die Fenster dürfen niemals ganz geöffnet werden, da sonst Möbel und Gardinen verschmutzen... Das Zimmer ist nicht zu verunreinigen" - dafür muss aber jede Woche extra 1 RM für "Licht und Reinigung" gezahlt werden. Tagsüber sollen die Arbeiter sich bei jedem Wetter auf der Strasse aufhalten: "Das Schlafzimmer ist tagsüber kein Aufenthaltsraum", erklärt die Hausordnung.

Die Arbeitsfront hat gegen eine derartige Behandlung der Arbeiter nichts einzuwenden!

Zurück zum Trucksystem.

(ITF) Die herrlichen Zeiten des Trucksystems kehren im Dritten Reich wieder: Jungarbeitern eines chemischen Grossbetriebes wird der Lohn - trotz bindender Vorschrift der Gewerbeordnung (Par. 115) - nicht mehr bar ausgezahlt, sie erhalten statt dessen Kleidung und Essen. In der Monatschrift des Sozialamts der Deutschen Arbeitsfront berichtet der "Werksführer" der Bayrischen Stickstoffwerke in Piesteritz stolz, dass in den Lehrwerkstätten des von ihm geleiteten Werks "der tariflich den Jungen zustehende Lohn nicht in bar ausgezahlt wird, sondern unter anderm in ordentlicher Berufskleidung und insbesondere in ordentlichem, aus angeschlossener Küche geliefertem Essen besteht" (Monatshefte für NS Sozialpolitik, August 1936).

Die Piesteritzer Lehrwerkstätten werden der deutschen Industrie immer wieder als Muster hingestellt.

Rohstoffmangel.

(ITF) Der Mangel an Rohstoffen wird in den deutschen Betrieben immer spürbarer. Im grössten deutschen Unternehmen, der Deutschen Reichsbahn, ist angeordnet worden, "bei dem besonders starken Mangel an Blei" alle Vorbereitungen dafür zu treffen, dass im Jahre 1937 Güterwagen statt mit Bleisiegeln mit Aluminiumsiegeln verschlossen werden können. Die Putzwolle (Textilfasern) muss schon seit geraumer Zeit zur Reinigung zurückgeliefert werden. Die Reichsbahndirektion, die den geringsten Prozentsatz der Rücklieferungen zu verzeichnen hatte, wurde gerüffelt. Die Generaldirektion verlangt jetzt, dass der Verbrauch an Putzwolle, Putztüchern usw. "aus national-wirtschaftlichen Gründen" weiter erheblich eingeschränkt wird und dass die verwandten Stoffe vollständig zur Reinigung zurückgeliefert werden.

Durch den akuten Rohstoffmangel ist die Armee des Dritten Reiches zur Zeit nicht voll schlagfähig. Die auf Wunsch des Generalstabs beschafften Lastautos der Deutschen Reichsbahn können z.Zt. nicht repariert werden, da alles verfügbare Weissmaterial für die See- und Luftausrüstung reserviert ist. Die Autobahnhöfe der Reichsbahn sind daher mit fahrunfähigen Lastwagen überfüllt. Die Reichsbahn muss schon Lastwagentransporte an Privatunternehmer vergeben - die trotz allem Reparaturen ausführen können.

Es fehlt wieder an Lebensmitteln.

(ITF) Im Dritten Reich hat sich die Versorgung mit wichtigen Lebensmitteln erneut bedrohlich zugespitzt. Es ist der Diktatur nicht einmal möglich gewesen, während der Anwesenheit der ausländischen Olympiade-Gäste den Schein einer ausreichenden Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Schon Mitte August gab es in den Arbeitervierteln Berlins tagelang nur Gefrierfleisch. Frisches Fleisch wurde für die "besseren Wohnviertel" re-

serviert. Die Wurstpreise zogen scharf an. Für das ganze Reich ist (am 29. August) die Herstellung von Rohwurst verboten worden, nur die teure Braunschweiger Mettwurst darf für Deligatessehläden weitergeliefert werden.

Es fehlt an Rindfleisch und vor allem an Schweinefleisch. Die Diktatur empfiehlt den Arbeitern, statt Fleisch Gemüse zu essen - doch gleichzeitig verteuert sie (am 25. VIII.) das Gemüse durch Belastung mit einer neuen Steuer. Für Schwerarbeiter ist ein Ersatz des fehlenden Fleisches durch Eier kaum möglich: seit Ende Juli sind für Eier bereits Winterpreise offiziell gestattet, die üblichen Schleichhandelspreise liegen noch erheblich höher.

Der Zeitungsdiens des Reichsnährstandes gibt zu: "In der Versorgung mit Fleisch ist es gegenwärtig nicht möglich, alle Wünsche der Verbraucher nach bestimmten Fleischsorten voll zu befriedigen", aber nur, "weil es im Wirtschaftsjahr 1935/36 nicht möglich war, wie in früheren Jahren die knappe Futtergetreide-Ernte durch ausreichende Einfuhren aus dem Ausland zu ergänzen" (26. August). Er vertröstet damit, dass in absehbarer Zeit, nach Einbringung der neuen Ernte, wieder eine reichliche Versorgung mit Fleisch möglich sei. Doch die amtliche Ernteschätzung für Getreide hat ergeben, dass die Getreideernte gerade den Brotgetreide-Bedarf decken wird. An Futtergetreide wird es fehlen. Und da im letzten Jahre die Getreide-Vorräte weitgehend aufgebraucht wurden, muss jetzt schon vor Getreideverfütterung gewarnt werden. Die Behörden empfehlen eine Umstellung auf Verfütterung von Kartoffeln und Steckrüben. Aber auch Kartoffeln sind knapp und um Steckrüben werden sich im kommenden Winter die schlechtverdienenden Arbeiter und die Erwerbslosen mit den Schweinen streiten müssen. Die Diktatur steht vor der Frage, ob sie die Steckrüben den Arbeitern lassen und "im Herbst und Winter eine vorzeitige Abschächtung der Schweinebestände" (Frankfurter Zeitung, 30. August) gestatten soll, oder ob sie Futtermittel einführen soll. Aber dafür brauchte sie Devisen, und Devisen werden fast ausschliesslich für Einfuhr von Rüstungsrohstoffen und für faschistische Auslandpropaganda reserviert.

"SA-Baustürme"

(ITF) Beim Bau der deutschen Autostrassen, an den "Strassen Adolf Hit-

lers", arbeiten 125.000 Arbeiter aller Berufe als Tiefbauarbeiter unter Bedingungen, die selbst in nationalsozialistischen Kreisen mit den Arbeitsbedingungen beim Bau der Pyramiden Aegyptens verglichen werden. Die Agitatoren, die die Arbeitsfront in die Barackenlager der Autobahnarbeiter sandte, um sie für das Dritte Reich zu begeistern, haben begreiflicherweise wenig Erfolge melden können, sie mussten im Gegenteil von zähem Widerstand berichten. Die Diktatur bildete deshalb besondere Terrorgruppen der SA, "SA-Baustürme" zur Ueberwachung der Autobahnarbeiter.

"Der SA-Mann", das Organ der Obersten SA-Führung, berichtet darüber: "Es besteht kein Zweifel, dass besonders auf den grossen Reichsautobahnbaustellen gegnerische Elemente ihre Wühlarbeit leisten, mit dem Ziele, das Vertrauen der Arbeiterschaft zum nationalsozialistischen Staat zu erschüttern... Der örtliche SA-Führer ist oft in der Lage, durch genaue Kenntnis diesen Hetzern das Handwerk zu legen und eventuell auftretenden Gegenströmungen propagandistisch zu begegnen. Ausserdem ist es für den örtlichen SA-Führer jederzeit möglich, die Stimmung unter der Arbeiterschaft zu kontrollieren"

Selbstverständlich stehen diese gelben SA-Baustürme" auch den Unternehmern zur Verfügung; denn "enge Zusammenarbeit mit den Baufirmen kann die Arbeit der Baustürme der SA nur fördern" (Der SA-Mann, Nr. 15 vom 11. April 1936).

"Gläubiger-Rennen"

(ITF) Die "Prager Presse" veröffentlicht am 19. August folgenden "Olympi-

ade-Rückblick" ihres Berliner Korrespondenten:

"An riesigen, prunkvollen Empfängen hat es während der Olympiade nicht gefehlt. Die Reichsregierung, die einzelnen Reichsminister, einzelne Botschafter haben die festlichsten veranstaltet. Die Teilnehmer empfanden sie vielfach als ein Zuviel. Der Empfang in der Staatsoper Unter den Linden, der den Gästen ein lukullisches Diner und Ballett- und Musikaufführungen bot, übertraf noch den Luxus des berühmten Göringschen Opernballes. Aber auch das Fest, das Dr. Goebbels auf der Pfaueninsel gab, entfaltete eine Pracht, die man vielleicht vielleicht wilhelminisch, nicht etwa alt-preussisch nennen kann.

Die Menge, die sich durch die Berliner Hauptstrassen schob, unterhielt sich auf eine vielfache Weise. Diese Menge bestand offensichtlich zum grössten Teil aus deutschem Provinzpublikum. Tausende von Besuchern der

Olympiade waren Mitglieder der Organisation "Kraft durch Freude". Man nannte sie in Berlin die "Ein-Pfennig-Reisenden", weil sie als Fahrpreis auf den Reichsbahnen einen Pfennig für den Kilometer zu zahlen hatten. Man kann sich denken, dass diese "Kraft durch Freude"-Gäste nicht zuviel Geld nach Berlin brachten.

Wie die Olympiade finanziell abgeschnitten hat, wird man kaum je erfahren. Ueber die Finanzen redet das Dritte Reich lieber nicht, es wird diesmal keine Ausnahme machen. Das Olympia-Stadion und alle Schauplätze der Spiele waren fast täglich ausverkauft, die Restaurants und Cafés am Kurfürstendamm, in der Taubentzenstrasse, den anderen Strassen im Westen in der Friedrichstrasse und Unter den Linden immer voll besetzt, die Kinos und Theater sehr gut besucht, aber die Tausende von Zimmern, die Privatleute dem Quartieramt zur Verfügung gestellt hatten, weil man dachte, die Hotels und Pensionen würden nicht genügen, blieben zum Teil leer. Das ruft einige Verstimmung hervor, denn die Vermieter haben Anschaffungen gemacht, ja fremde Sprachen gelernt, um den Wünschen der Ausländer zu entsprechen, aber die Zahl der Ausländer, die gekommen sind, war viel geringer, als man erwartet und gehofft hatte. Und die Ausländer, die kamen, brachten Registermark, manche selbst Proviant mit, nicht die begehrten Devisen. Dies ist die Enttäuschung der Berliner und wahrscheinlich auch Dr. Schachts, der aber seine Gefühle nicht eingestehen dürfte. Wer sollte sie nicht erraten?

Was die Bauten, die Organisation der Olympischen Spiele, die Ausschmückung der Reichshauptstadt, die grossartigen Empfänge und Feste, die vielen Geschenke usw. usw. gekostet haben, mag eine Summe sein, die sich nur ein sehr reicher Staat leisten kann. Die Berliner sind bekanntlich nüchterne, unsentimentale Leute. Sie verstehen, was auch das nationalsozialistische Regime nicht geändert hat, zu rechnen. Sie rechnen also nach, was die Olympiade gekostet und was sie eingetragen haben dürfte. Sie sind nicht erbaut, zumal wieder Gerüchte über unmittelbar bevorstehenden Mangel an Eiern, Fetten und Fleisch umgehen. Sie haben das Witzwort geprägt: 'Nach der Olympiade kommt noch ein sportliches Ereignis: das Gläubigerrennen!'

Olympiade-Bilanz.

(ITF) "Der deutsche Volkswirt" berichtet, dass zur Olympiade 150.000 Ausländer in Berlin weilten. Das ist weit weniger als die Nationalsozialisten erhofft hatten. "Von 350.000 während der Olympischen Spiele verfügbaren Zimmern" in Privatwohnungen wurden denn auch "nur 60.000 - und auch diese nicht während der ganzen Zeitdauer - beansprucht". (Volkswirt vom 21. August 1936)

(Für die Redaktionen. Vom 4. bis 8. September findet in Dresden die 2. Internationale Konferenz der Sozialversicherungsfachleute statt. Die nationalsozialistische Propaganda verbreitet aus diesem Anlass Artikel über die Leistungen der nationalsoz. Sozialversicherung.)

Sozialversicherung unter dem Hakenkreuz

(ITF) Vom Schicksal der Sozialversicherung im Dritten Reich ist rasch berichtet: die Leistungen wurden verschlechtert und die Selbstverwaltung zerstört.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise waren die Leistungen der deutschen Sozialversicherung verschlechtert worden. Die Bürgerblockregierungen, der "autoritäre" Kanzler Brüning, der als Leiter der katholischen Zentrums-Partei bewusst Hitler den Weg bereitet, und sein Nachfolger, der von den Nationalsozialisten gestützte Kanzler von Papen hatten einschneidende Abbau-Verordnungen diktiert. Der Abbau der Sozialversicherung traf alle Arbeiter und Angestellten und ihre Empörung über diese Verschlechterungen war so gross, dass selbst die Nationalsozialisten Wiederherstellung der alten Leistungen fordern mussten. In ihren Versammlungen machten sie uferlose Versprechungen. Aber selbst das 1932 im Auftrag von Dr. Goebbels verfasste Gutachten "Der Nationalsozialismus und die Sozialversicherung" (veröffentlicht in "Die deutsche Volkswirtschaft", September-Dezember 1932) versprach Erhöhung des Krankengeldes, Verbesserung der Krankenhilfe und Hilfe für die Invalidenrentner. Und noch am 21. Januar 1933, neun Tage bevor Hitler Reichskanzler wurde, forderte der nationalsozialistische Abgeordnete Karwahn im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Beseitigung der Verschlechterungen in der Unfallversicherung: auch die 300.000 Arbeiter, die durch einen Unfall 1/5 ihrer Erwerbsfähigkeit einbüssten, sollten wieder wie vor 1932 eine Rente erhalten.

Es war alles Betrug.

Keine der einschneidenden Verschlechterungen der Sozialversicherung wurde beseitigt, im Gegenteil: die nationalsozialistische Regierung dik-

tierte weitere Verschlechterungen. Die Versprechungen wurden frech gebrochen. In der Unfallversicherung wurden die kleinen Renten nicht wieder bewilligt, trotzdem seit März 1933 die braune Diktatur selbstherrlich Gesetze erlassen kann.

In der Krankenversicherung hatte das erwähnte "Gutachten", das den nationalsozialistischen Agitatoren als Referentenmaterial gedient hatte, gefordert, dass die Leistungen der besten Krankenkassen zu Pflichtleistungen für alle Krankenkassen erklärt würden, dass "die hauptsächlichsten Mehrleistungen zu Regelleistungen" würden. Statt dessen wuchs die Zahl der Krankenkassenmitglieder, denen keine über die gesetzlichen "Regelleistungen" hinausgehenden "Mehrleistungen" gewährt wurden, von Ende 1933 bis Ende 1935 von 8,2 Millionen auf 8,8 Millionen.

Das "Gutachten" forderte Erhöhung des Krankengeldes auf 60-75% des Grundlohnes. Das Krankengeld beträgt nach wie vor 50%.

Das "Gutachten" verlangte, dass den Krankenkassen-Mitgliedern ein "Anspruch auf Stärkungsmittel und auf Gewährung von Krankenkost" zugebilligt würde und es erklärte: "Die Regelung, dass ein Arzt, der mehr als den Durchschnitt in Arznei und Heilmittel verschreibt, den Mehrbetrag an die Kasse zu erstatten hat, ist im hohen Grade unsozial". Am 24. August 1935 aber wurde die Ausgabe von "Nähr- und Stärkungsmitteln" ausdrücklich beschränkt, wurden die Aerzte, die nicht "wirtschaftlich" genug Heilmittel verordneten, für schadenerwatzpflichtig erklärt. Die meisten gewissenhaften Aerzte wurden bereits mit hohen Strafzahlungen belastet, die oft mehrere TausendMark betragen. Lange kann das kein Arzt aushalten; er ist gezwungen, künftig auf Verordnung auch notwendiger Arzneien und Heilmittel zu verzichten.

Das "Gutachten" hatte besonders die Invalidenrentner bedauert und erklärt: "Ein verantwortungsbewusster Staat hätte es niemals zulassen dürfen, dass die jämmerliche Lebenshaltung der Aermsten der Armen weiter gedrückt wurde". Die Nationalsozialisten aber haben die Renten der invaliden Arbeiter auf durchschnittlich RM 7,43 pro Woche gesenkt, die invaliden Arbeiter sind auf Almosen angewiesen. Das ist der "grosszügige Ausbau der Altersversorgung", den Hitlers Programm (Punkt 15) versprach!

Durch diese Verschlechterungen sollte nach der Behauptung der Nationalsozialisten die Zukunft der Sozialversicherung finanziell sichergestellt werden. Doch die deutsche Invaliden- und Angestelltenversicherung wären erst dann wirklich saniert, wenn die Einnahmen erhöht würden, sei es aus Zuschüssen des Reichs oder durch Beitragserhöhungen. An Zuschüsse des Reichs ist jedoch nicht zu denken, die Diktatur verwendet jede verfügbare Summe zur Kriegsvorbereitung und Bonzenversorgung. Es war denn auch eine Beitragserhöhung vorgesehen. "Die Sanierung... würde nichts nutzen, wenn nicht die Sicherung (der Anwartschaften durch erhöhte Beiträge) herbeigeführt wird" (Soziale Praxis, 21. Dezember 1935). Eine Beitragserhöhung ist bei den niedrigen Löhnen aber nur möglich, wenn gleichzeitig die überhöhten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entsprechend gesenkt werden, sodass die Summe der Sozialabzüge gleich bleibt. Eine derartige Regelung wurde angekündigt, aber nicht durchgeführt. Das Dritte Reich verwendet die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung für Festungsbau - die **V e r s c h l e c h t e r u n g e n** der Sozialversicherung durch das "Sanierungsgesetz" wurden Wirklichkeit, die "S a n i e r u n g" blieb aus.

Die entscheidenden Verschlechterungen der Sozialversicherungsleistungen wurden nicht gesetzlich festgelegt, sie wurden durch Anordnungen der Bürokratie durchgeführt. Den Versicherten, denen die Nationalsozialisten noch im Mai 1933 ein erweitertes Mitbestimmungsrecht versprochen, wurde jeder Einfluss genommen, auch in der Sozialversicherung führten die Nationalsozialisten das "Führerprinzip" ein. Jedes Mitbestimmungsrecht der Versicherten wurde beseitigt, ein von der Bürokratie ernannter Leiter entscheidet heute selbstherrlich über Gewährung, über Höhe und Entziehung von Renten, über Bewilligung von Kuraufenthalten und ärztliche Hilfe. Zum Schein ernennt die Bürokratie einen "Beirat". Aber dieser Beirat hat nicht das geringste zu sagen oder mitzubestimmen, er darf nur einen Rat erteilen, auf den der Leiter nicht zu hören braucht. Die deutsche Sozialversicherung ist heute nicht mehr in erster Linie für die Versicherten da, sie ist "ein Instrument nationalsozialistischer Staatspolitik" (Dr. Martin, Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium) geworden. Die Versicherten bekamen das zu spüren.

Wenn die "echten Nazis" völlig freie Hand gehabt hätten, wäre heute nicht mehr viel von der deutschen Sozialversicherung übrig. Die Deutsche Arbeitsfront verlangte, um das Heer ihrer Sekretäre beschäftigen zu können, dass ihr die Sozialversicherung übertragen würde. Sie erklärte, dass

"Reiner Barbarismus"

(ITF) Präsident der "Ersten Oesterreichischen Donau-Dampfschiffahrtsge-

sellschaft" ist der frühere Kommandeur der Wiener Heimwehren Fey, einer der Schrittmacher der Nazis. Gemeinsam mit den Vertretern des an der Gesellschaft beteiligten italienischen Kapitals hat er ein faschistisches "Paradies" geschaffen. Dieses Paradies schildert die legal unter faschistischer Zensur in Wien erscheinende "Oesterreichische Arbeiterzeitung" (am 15. August, Nr. 33): "Die Matrosen auf Schlepsschiffen der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft erhalten monatlich 120 Schilling (d. s. etwa Hfl. 33,50, schw. Fr. 68,-)... (allerdings) meistens bedeutend weniger. Damit müssen sie alles, aber auch wirklich aller selber bezahlen, Kost, Kleidung, sogar ihre Matrosenmontur. Da die kleinen Kabinen bei ihrem Bezug von Schmutz und Unrat starrend vorgefunden werden, muss jeder einzelne Matrose sofort die intensivste Reinigung vornehmen. ... das Reinigungsmaterial hierzu muss der Matrose aus eigener Tasche bezahlen, alles von seinen 120 Schilling. Selbst das Brennmaterial muss damit gekauft werden, um selber zu kochen, zu waschen und im strengen Winter das Kajütenloch, in dem sich ein ärmlicher Strohsack mit Pferde- decke vorfindet, zu erwärmen...

Ununterbrochen wurden" bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft "Lohnkürzungen durchgeführt... Nichtsdestoweniger sucht die Gesellschaft auch noch bei den Lohnauszahlungen in fremder Währung an den armen Angestellten gehörig zu verdienen. In Rumänien z.B. bekommt man nach "Gesellschaftskurs" für einen Schilling 23 Lei, obwohl der amtliche Tageskurs 33 Lei beträgt... Infolge schlechter Wasserversorgung ist Typhus keine Seltenheit."

"Es drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf", meint das "Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", "es handle sich beim Vorgehen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft um reinen Barbarismus, nicht aber um die Grundsätze eines modernen sozialen Staates, dem doch die soziale Gerechtigkeit und das Gesamtwohl des Volkes die erste und wichtigste Aufgabe bedeutet". Aber es vergisst, dass eben diese Barbarei die Verwirklichung der "sozialen Gerechtigkeit" der christlichen Diktatur ist.

Kontrolluhr für Chauffeure.

(ITF) Ende 1934 hat die Deutsche Arbeitsfront versprochen, die Kontroll-

uhren, "die den Menschen zu einer Nummer machen", zu beseitigen. Nur in verschwindend wenigen deutschen Betrieben ist die Kontrolluhr wirklich abgeschafft worden, in vielen Grossbetrieben wurde sie mit Billigung der Deutschen Arbeitsfront neu eingeführt und jetzt wird im Dritten Reich sogar der Versuch gemacht, jedem Chauffeur eine Kontrolluhr mitzugeben. Die Firma Kirner und Co. in Freiburg im Breisgau versendet Prospekte für ihre "Kirner-Rekord-Kontrolluhr", die alle Erschütterungen registriert und sie als Diagramm auf einem Stück Karton verzeichnet, das ein Uhrwerk in 24 Stunden um die eigene Achse dreht. Mit 2 Schrauben kann diese Kontrolluhr an jedem Fahrzeug befestigt werden, an Personenautos, an Last- und Lieferwagen, an Omnibussen, Tankwagen, Feuerwehrfahrzeugen, Müllwagen, Traktoren, Strassenwalzen, an Eisenbahnen, Strassenbahnen, Pferdefuhrwagen, Möbelwagen, Flugzeugen, Motorrädern, an Fahrstühlen, Handkarren und auch an Webstühlen.

Für Autos wird sie besonders empfohlen. Am Verlauf der Kurve und an eventuellen Unterbrechungen kann entlesen werden, wann der Wagenführer die Garage verliess, wie lange er auf Fahrgäste oder auf die Verladung von Waren wartete, wie lange er sich bei Kunden aufgehalten hat und wie lange er Mittagspause machte. Die Kurve zeigt, um welche Zeit er zu rasch über schlechtes Pflaster gefahren ist, ob er den Gashebel zu häufig gebrauchte oder den Motor abzustellen vergass. Mit dieser Kontrolluhr kann, nach Meinung der Firma, jeder "Betriebsführer" für nur 58 RM jeden Kraftfahrer zur "Wirtschaftlichkeit" erziehen und seine "Arbeitsfreude" heben. Der Prospekt, der unter den deutschen Kraftfahrern erhebliches Aufsehen erregt hat, zeigt zum Schluss einen Chauffeur, der mit zum Hitlergruss erhobener Hand vor seinem Betriebsführer wie ein Rekrut gehorsam in Hab-acht-Stellung steht. Ein treffendes Symbol für diese echt nationalsozialistische Erfindung.

Unbezahlte Ueberstunden.

(ITF) Der Lohndiktator, der Treuhänder der Arbeit, hat den Chauffeuren der

Taxibetriebe in Königsberg in Ostpreussen den Anspruch auf Bezahlung von Ueberstunden genommen. Die Ueberstunden müssen künftig unentgeltlich geleistet werden. (Tarifregister Nr. 1163/2)